



DIE SP VOR DEM JAHR 2011

## Wir sind die Alternative

**Die SP hat in Parlamentswahlen, nicht in den Exekutiven, Wähleranteile verloren. Rechtzeitig vor den nationalen Wahlen von 2011 legt die Partei jetzt ein neues Programm mit Alternativen zum bestehenden System vor. «Wirtschaftsdemokratie» ist darin ein Schlüsselbegriff. Damit und mit ihrer (Wirtschafts-)Politik in Bern erfüllt die SP die Anliegen breiter Bevölkerungskreise. Zusammen mit den Gewerkschaften hat sie jüngst einen groben Sozialabbau bei den Renten verhindert. Und mit nationalen und kantonalen Initiativen greift sie die Bedürfnisse der SchweizerInnen auf. Wo steht die SP ein Jahr vor 2011?** Katharina Kerr

Es gibt verschiedene Gründe, sich einer Partei anzuschliessen: Man möchte über die Partei eine politische oder berufliche Position erlangen. Man will gewisse Werte und Anliegen politisch umsetzen (helfen). Eine Partei vertritt die Interessen, die man hat. Eine Partei ist ideologisch und kulturell attraktiv: Man findet darin Bestätigung und Freude. Eine Partei ist attraktiv, weil sie erfolgreich ist.

Welche dieser Bedürfnisse deckt die SP heute für wen? Sicher ist: «Man vergegenwärtige sich bitte einmal, wo wir heute mit der sozialstaatlichen Absicherung der existenziellen Grossrisiken stünden, wenn der neoliberalen Offensive nicht zäher Widerstand entgegengesetzt worden wäre.» So ein Leserbriefschreiber in der NZZ am Sonntag zur SP. Der Rentenklau wurde am 17. März mit knapp 73 Prozent der Stimmen abgelehnt – auch von denen, die die SP seit dem Überfremdungspopulismus an die SVP verloren hat. Der neue Programmentwurf der Partei setzt denn auch in der Sozial-, in der Staats- und in der Wirtschaftspolitik klare Positionen fest. Er definiert damit die wichtigsten Grundlagen für unser rechtsstaatlich gesichertes Leben. Zu Ende lesen werden das wohlformulierte Papier nur sehr disziplinierte Leute – oder solche, die die SP zerreißen wollen. So geschehen in der bürgerlichen Presse (weniger in den elektronischen

Medien): Die AZ (Christian Dorer) titulierte die SP-Sozialpolitik als «Klassenkampf» und empfiehlt ein mehr nach rechts Rücken, ein anderer AZ-Kommentator (Gieri Cavelti) findet das neue Programm «sozialromantisch» und



höhnt in der «Forumszeitung» frisch von der Leber über die SP. Andere rühmen: So Daniel Binswanger im «Magazin» («Zeitgemässe Genossen») oder Politologe Michael Hermann im Tages-Anzeiger («Das Powerplay der Sozialdemokraten»). Genossen (Leitch, Hardmeier, Wermuth) haben in Leserbriefen reagiert. Der JUSO-Präsident: «Die SP muss die Mitte wieder für die Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität begeistern.»

Die JUSO können über mangelnde Attraktivität nicht klagen. Sie gewinnen Mitglieder (siehe

Seite 12 dieser Ausgabe), und in rasch ausgebuchten Oster- und Sommerlagern tun sie das, was die SP früher interessant machte: Sie vermitteln Bildung und Freude und versammeln Leute, die man gerne kennen lernt. Heute schaffen das leider nur noch die Jungen.

Das Wahljahr 2011 naht. Die Aargauer SP will WählerInnenprozente zulegen. Zurzeit laufen Gespräche mit möglichen Kandidierenden: Wahlinteressierte sollen umgehend beim jeweiligen Bezirksparteipräsidium oder bei Marco Hardmeier gemeldet werden. Die SP will wieder mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten und ihre Kräfte durch einen



**Katharina Kerr**  
von Aarau ist Redaktorin  
von links.ag.

### EDITORIAL

#### Kurzfristiges Denken?

«Selbst die traditionsbewusste SP sollte sich künftig nur mit Legislaturprogrammen und ent-



sprechend konkreten Vorhaben bescheiden.» So ein AZ-Kommentar unter dem Titel «Ballast der Tradition». Genau die-

ses kurzfristige Denken hat uns in die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geführt. Die SP Schweiz tut also auch in Zukunft gut daran, den Weitblick nicht zu verlieren. Denkmuster der neoliberalen Marktlogik, in welcher Quartalszahlen und Gewinnmaximierung vor Nachhaltigkeit und Jobsicherung kommen, gehören nun wirklich nicht zu einer vernünftigen Politik, die die Menschen ins Zentrum stellt. Die SP will den liberalen und demokratischen Rechtsstaat verteidigen und weiterentwickeln. Die SP will die soziale Marktwirtschaft. Und die SP will die Eigenverantwortung stärken, indem der Sozialstaat um die vorsorgende Sozialpolitik ergänzt wird. Dies ist nicht in einer bloss vierjährigen Legislaturperiode zu erreichen – das dauert seine Zeit. Auch deshalb stehe ich grundsätzlich hinter dem neuen Parteiprogramm. Denn es verbindet Tradition und Modernes und zeigt konkrete Handlungsperspektiven für die nächsten zwanzig Jahre auf. Wir alle können nun mit der Diskussion zum neuen Parteiprogramm Positives erreichen. Oder aber wir lassen uns auf das von einigen Medien gewünschte Spiel ein und liefern uns end- und sinnlose Flügelkämpfe: gewerkschaftliche Anliegen gegen im ursprünglichen Sinn liberale Anliegen. Das wäre Quatsch, denn zur SP gehörte schon immer beides. Und so soll es bleiben.

**Marco Hardmeier** von Aarau ist Präsident der SP Aargau

## INTERVIEW

## Neu im Grossen Rat

*links.ag: Flurin Burkard, Du rückst für Heidi Schmid in den Grossen Rat nach. Mit 22 bist Du der jüngste Grossrat. Welche Arbeits- und Lebenserfahrungen bringst Du mit in Dein neues Amt?*

Flurin Burkard: Als Handwerker stehe ich nahe bei der Klientel der SP, finde einen speziellen Zugang zu ihr und kenne ihre Sorgen und Ängste. Das sind auch Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche durch die SP vertreten werden, sich dessen aber oft nicht bewusst sind. Leute nämlich, welche von bürgerlichen Parteien mit hochgespielten Problemen, wie etwa der Ausländerkriminalität, in eine falsche Richtung gelenkt werden. Immer wieder gelingt es mir, diese Menschen davon zu überzeugen, dass vor allem die SP sie in den meisten Belangen vertritt. Ich bin überzeugt, dass besonders diese Möglichkeit der Kommunikation mir als Grossrat hilft, von den Wählerinnen und Wählern richtig verstanden zu werden.



*Wo möchtest Du Dich im Grossen Rat engagieren?*

Besondere Schwerpunkte sind für mich der Erhalt des Service Public und der Schutz des wertvollen Kulturlandes. Auch Sicherheits- und Steuerpolitik sind für mich sehr wichtig.

*Wie wird die SP für Wählerinnen und Wähler wieder attraktiver?*

Die SP muss wieder näher am Puls der einfachen Leute politisieren. So werden viele Leute erkennen, dass nur die SP sie wirklich vertritt.

Flurin Burkard von Waltenschwil ist seit Mai 2010 SP-Grossrat. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

## AUSWIRKUNGEN DER KVG-REVISION AUF DEN AARGAU



Kantonsspital Baden

## Ist Gesundheit marktfähig?

Die mit der seit 2009 in Kraft stehenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) verbundene Umverteilung der Kosten muss bis 2011 von den Kantonen umgesetzt werden. Auch im Aargau ist von einem «Gesundheitsmarkt mit Wettbewerb und Deregulierung» die Rede. Von der bürgerlichen Allianz (Grünliberale bis SVP) werden «gleich lange Spiesse für Private und den Staat» gefordert. Die Grundsatzfrage lautet: Ist es überhaupt anständig, beim wichtigsten menschlichen Gut, der Gesundheit, von Marktanteilen, Privatisierungen und optimaler Gewinnabschöpfung zu sprechen? Wollen wir die bereits auftretenden Symptome einer Zweiklassenmedizin verstärken? Mir graust's vor einem angelsächsischen Gesundheitssystem in der Schweiz. Marco Hardmeier

Die Gesundheitspolitik ist von zahlreichen Lobbygruppen (Krankenkassen, Pharmabranche, etc.) geprägt, zudem herrscht ein kantonales und nationales Kompetenzgewirr. Die Kantone arbeiten, auch im Bereich der Spitzenmedizin, nur sehr zaghafte zusammen. Für das Pflegepersonal wie für das ärztliche Personal zeichnen sich dunkle Wolken am Himmel ab – eine Folge des Zulassungsstopps und Numerus Clausus. Hier haben in der Vergangenheit die bürgerlichen Mehrheiten Fehlentscheidungen getroffen, die nun von uns mühsam korrigiert werden müssen.

### Versorgung regional und zentral

Wichtig ist eine sehr gute Grundversorgung, besonders im Bereich der Notfallmedizin.

Diese muss im grossflächigen Kanton Aargau dezentral organisiert sein. Hier gibt es grossen Nachholbedarf. Es darf nicht sein, dass weiter zentralisiert wird und Menschen mit einem akuten Herzinfarkt drei Viertel Stunden auf den Notfallwagen warten müssen, nur weil sie in einem sogenannten Randbezirk wohnen. Was den ausgewiesenen Investitionsbedarf im Spitalbereich betrifft, der in naher Zukunft politisch sehr aktuell werden wird: Die Hüftprothese oder die Herzklappe müssen nicht mehr im Spital im Wohnbezirk ersetzt werden können. Ob der Aargau dabei auf drei Grosskliniken (Aarau, Baden, Königsfelden) oder ein neues Riesenspital auf der grünen Wiese setzt, darf nicht zu einer Frage der Regionalinteressen verkommen – ausschlag- → Seite 12

ABSTIMMUNG 13. JUNI: EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM ARBEITSRECHT

# Der Sonntag ist wertvoll – nicht nur für die Arbeitnehmenden

**Am 13. Juni stimmen wir über das Einführungsgesetz zum Arbeitsrecht ab. Das Gesetz soll die bisherigen Erlasse zum Arbeitsrecht zusammenfassen. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden. Allerdings packte der Regierungsrat in das neue Gesetz auch eine Bestimmung, welche die Sonntagsverkäufe im Aargau massiv ausweiten würde. Die SP unterstützte deshalb das Behördenreferendum und kämpft mit den Gewerkschaften gegen die Vorlage.** Dieter Egli

Bisher wurden im Aargau üblicherweise für die Vorweihnachtszeit zwei Sonntagsverkäufe bewilligt. Seit Mitte 2008 gibt nun das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel den Kantonen die Möglichkeit, vier Sonntage im Jahr zu bezeichnen, an denen die Arbeitnehmenden in Verkaufsgeschäften ohne Bewilligung beschäftigt werden dürfen. Der Aargauer Regierungsrat interpretierte diese Möglichkeit als Pflicht und setzte flugs vier Sonntagsverkäufe im neuen Gesetz fest – natürlich mit Unterstützung der bürgerlichen Parlamentsmehrheit.

Dabei ist erwiesen, dass solche Sonntagsverkäufe auch wirtschaftlich nichts bringen. Sie verlagern die Einkäufe höchstens von den Wochentagen auf die Sonntage und bringen dem Detailhandel keinen effektiven Mehrwert. Die Profiteure sind Einkaufszentren und Grossverteiler. Quartierläden, welche sich den

Sonntagsverkauf nicht leisten können, gehen leer aus. Und natürlich zahlen die Verkaufsangestellten die Zeche, obwohl von ihnen schon heute immer höhere Flexibilität bei real immer kleineren Löhnen abverlangt wird.

Ein Ärgernis sind nicht nur die zusätzlichen Sonntagsverkäufe selbst, sondern auch ihre Festsetzung: Zukünftig soll der Regierungsrat zwei Sonntagsverkäufe definieren, während die weiteren zwei Sonntage individuell von jeder Gemeinde bestimmt werden könnten. So droht uns ein Vollzugschaos mit 220 Sonderlösungen im Kanton. Profitieren würden wiederum die Grossverteiler, welche die Standortgemeinden unter Druck setzen und somit an jedem Sonntag irgendwo eine Verkaufsstelle offen halten könnten. Und wir Konsumierenden? Wir hätten noch weniger die Übersicht, dafür noch mehr sonntäglichen Einkaufsverkehr.

Es mag altmodisch klingen, aber der arbeitsfreie Sonntag ist eine Errungenschaft. Er liegt im Interesse der arbeitenden Menschen, der Familien und der Gesellschaft. Wer auf Einkäufe am Sonntag angewiesen ist, hat dazu bereits genügend Möglichkeiten. An die Mär von der Nachfrage, welche die Ladenöffnungszeiten bestimmt, glaube ich selbst nicht mehr, seit ich mein eigenes Einkaufsverhalten analysiert habe: So fanden meine samstäglichen Einkäufe mit schöner Regelmässigkeit in der letzten Stunde vor Ladenschluss statt, wann immer dieser auch angesetzt war. Überlebt habe ich schon, als die Geschäfte noch zwei Stunden früher schlossen ...

Da es nur um eine Zusammenfassung bestehender Rechts geht, verlieren wir mit einer Ablehnung am 13. Juni nichts. Wir ersparen uns aber mehr unnötige Arbeit und mehr unnötigen Verkehr. Also: Hände weg vom Sonntag!

Dieter Egli

von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion.



## KOMMENTAR

### Unsere Positionen sind klar

Zur Zeit ist es manchmal nicht ganz einfach, Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat zu sein. Noch immer verliert die SP Wahlen. Und noch immer ist sie der Lieblingsprügelknabe der bürgerlichen Medien.



Wir seien nicht bei den Leuten, niemand wisse mehr, für was wir stünden, und wir brächten unser Programm nicht bis zu den Menschen. Diese Vorwürfe sind kompletter Blödsinn.

Keine Partei hat in den vergangenen zwei Jahren so deutlich gemacht, wofür sie steht. Mit dem neuen Parteiprogramm klären wir unsere Grundwerte: Für eine Schweiz der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Und mit nicht weniger als fünf eigenen Initiativen machen wir auch gleich deutlich, was diese neue Schweiz ausmacht: Gerechte Löhne unten und oben, 100 000 neue Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien, bezahlbare Krankenkassenprämien dank einer öffentlichen Krankenkasse und ein starker Service public mit der Postbank. Hier stehen wir. Auf der anderen Seite stehen die Abzocker in den bürgerlichen Parteien.

Das schlimmste wäre, wenn wir uns jetzt von den superschlaun Kommentatoren in den grünliberalen Parteizeitungen (Tages-Anzeiger, AZ) entmutigen liessen. Unbestritten, wir haben das Vertrauen von vielen Menschen in diesem Land verloren. Wir können es nur mit tagtäglicher, harter Knochenarbeit und klaren Positionen zurück gewinnen. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Ich gehe jede Wette ein, gemeinsam können wir 2011 die Wahlen gewinnen – auch im Aargau!

**Cédric Wermuth** von Baden studiert Politologie und ist Einwohnerrat, Präsident der JUSO Schweiz und Vizepräsident der SP Schweiz.



## AGENDA

11. Mai  
**SP Frauen, offene Sitzung  
 der Kerngruppe**  
 18 Uhr im Volkshaus, Aarau

18. Mai  
**Geschäftsleitungs-Sitzung**  
 17.30 Uhr in Frick

28. Juni  
**Ausserordentlicher Parteitag**  
 19 Uhr in Aarau

### 6. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 24. Juni 2010  
 19.30 bis 21.00 Uhr

Ref. Kirchgemeindehaus  
 Feldstrasse 15, Aarburg

**Bericht von der Sommersession**  
 mit offerierter Suppe

und Gastreferat:  
 Bericht aus dem Europarat  
**Doris Stump**, Nationalrätin

Es laden ein: SP Bezirk Zofingen  
 und Komitee pro Max Chopard-Acklin

## JUSO

## Warum sie erfolgreich sind

**Ihre Bilanz im Aargau sieht so aus: 117 Mitglieder, davon über die Hälfte bei Aktionen dabei, also aktivierbar. 20 bis 35 Menschen bilden den «harten Kern». Gemäss dem Aargauer JUSO-Vorstandsmitglied Florian Vock «bleibt ein Durchschnittsmitglied mindestens zwei Jahre aktiv, an Aufgaben beziehungsweise Ressorts gebundene GenossInnen einiges länger. Wichtig ist den JUSO auch die nationale Vernetzung – aus dem Aargau gehen zwischen 10 und 20 Mitglieder an die DVs». Mit ihrer 1:12-Initiative haben die JUSO ein nicht nur in Zeiten des Abzockerwahns heisses Thema aufgegriffen. links.ag wollte wissen, warum die JUSO erfolgreich sind. Die Antwort kam von Florian Vock.**

Es sind zwei Grundpfeiler, die stabil stehen müssen: eindeutige inhaltliche Schwerpunkte und politischer Aktivismus. Die JUSO haben es geschafft, der Politik eine kreative und lustvolle Note zu geben. «Die JUSO bleiben immer frisch und ein Stück weit unberechenbar», meint Luca Cirigliano, der seit vielen Jahren aktiv bei den JUSO dabei ist und diese Entwicklung im Aargau mitgeprägt hat. Gerade dieser Aktivismus spricht vor allem junge Menschen an. Damit ist auch gleich das Zielpublikum definiert: Es ist jung und interessiert. Und solche Leute holt man am besten mit einer spritzigen Prise Provokation und den passenden Themen ab: Wir engagieren uns zum Beispiel gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für Stimmrechtsalter 16 oder eine faire Wohnbaupolitik – wir trauen uns und allen Jugendlichen selbstver-

antwortliches und solidarisches Handeln zu und unterscheiden uns alleine dadurch schon von anderen Jungparteien.

Um die Mitglieder aber auch langfristig an die Partei zu binden, darf das Parteiengagement nie beim Beitritt enden; es beginnt bei der ersten Veranstaltung. Andrea Arezina, Präsidentin der JUSO Aargau, fasst es so: «Wir sind auch Genossinnen und Genossen in unserer Freizeit!» Viele Menschen treten aus Frust oder aufgrund eines bestimmten Ereignisses einer Partei bei – doch diese Energie hält nicht ewig. Um den Mitgliedern auch langfristig etwas zu bieten, muss das Parteiengagement ganz einfach Spass machen. Das erreicht man durch persönliche Wertschätzung, aufrichtigen Respekt und ein Bier nach der Sitzung.

Das ist auch gleich der Tipp für alle verschlafenen SP-Sektionen:

Es ist ein Irrtum, zu glauben, eine Partei könne erst mit vielen aktiven Mitgliedern etwas bewirken. Der Weg ist genau umgekehrt: Mit einer Handvoll engagierter Leute, einer kreativen Idee und erfolgreicher Medienarbeit kann eine kleine Sektion sehr schnell mehr Menschen für ihre Arbeit begeistern. Genau so haben es die JUSO getan und tun es auch heute noch. Politische Arbeit findet auf der Strasse statt – hier entsteht das wirklich Sinnvolle. Im Gespräch mit den Leuten spürt man deren Bedürfnisse und Ängste. Auf der Strasse kann man ihnen auch etwas bieten: zum Beispiel eine 1:12-Initiative, auch, um ihrem Ärger über die Abzocker eine Stimme zu geben.

Und zuletzt noch: Wie viele Leute geben eigentlich fast nur verschämt zu, Mitglied der SP zu sein? Bei einer JUSO-Mitgliedschaft ist das anders. Die JUSO sind keine Partei, sondern eine Bewegung. Diese Idee versuchen wir auch immer wieder umzusetzen. So ist es ganz einfach «cool, bei den JUSO zu sein», so Andrea Arezina.



**Florian Vock**  
 von Gebenstorf ist Vorstandsmitglied der JUSO Aargau und Co-Präsident der SP Turgi-Gebenstorf.

## IMPRESSUM

SP Aargau  
 Bachstrasse 43  
 Postfach, 5001 Aarau  
 Telefon 062 834 94 74  
 Fax 062 834 94 75  
 sekretariat(at)sp-aargau.ch  
 www.sp-aargau.ch  
 Redaktion: Katharina Kerr  
 katkerr(at)katkerr.ch

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Dieter Egli, Marco Hardmeier, Katharina Kerr, Sonia Regna, Florian Vock, Cédric Wermuth.

Seite 10 → gebend für einen entsprechenden Entscheid muss die Qualität der zu erbringenden medizinischen Leistungen sein.

## Einheitskasse

Über allem steht ein erster wichtiger Schritt: Wir brauchen die Einheitskrankenkasse. Über Vertragsfreiheit wird dann nicht mehr gestritten, und die unsinnige Jagd auf die «guten Risiken» kann endlich aufhören. Der Staat muss also seine Präsenz in diesem zentralen Element des Service public stark

ausbauen. Er darf sich nicht aufs Bezahlen beschränken, wie dies das Bundesparlament mit der letzten KVG-Revision verordnet hat. Mit dieser werden ja die Kosten vermehrt zugunsten der Krankenversicherer auf die Kantone verschoben.

## Pflegefianzierung

Interessant sind die Argumente des Regierungsrats bei der Neuregelung der Pflegefianzierung. Der Grundsatz, wonach durch das Eintreten eines Pflegefalls zu-

künftig keine Sozialhilfebedürftigkeit mehr entstehen soll, wird in Frage gestellt durch die zwar sachlich logische Unterteilung in Pflege- und Hotelleriekosten: Der Grundsatz «durch Pflege keine Sozialhilfebedürftigkeit» bezieht sich ausschliesslich auf den Anteil der Pflegekosten. Das genügt nicht, und dazu wird sich die SP vernehmen lassen.

**Marco Hardmeier**  
 von Aarau ist Präsident der SP Aargau.